## Für Frieden, Recht und Menschenwürde in Israel und Palästina

### Stellungnahme der Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz

Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz sieht mit großer Anteilnahme und Sorge Gewalt und Leid im Heiligen Land: Tod, Zerstörung, Hunger, Vertreibung, Angst und fehlende Zukunftsperspektiven. Dazu wollen wir nicht schweigen.

Unsere Kirchenverfassung beschreibt in § 1 Absatz 3 unsere besondere theologische Beziehung zum jüdischen Leben: „Durch ihren Herrn Jesus Christus weiß sie sich hinein genommen in die Verheißungsgeschichte Gottes mit seinem ersterwählten Volk Israel – zum Heil für alle Menschen. Zur Umkehr gerufen, sucht sie Versöhnung mit dem jüdischen Volk und tritt jeder Form von Judenfeindschaft entgegen."

Angesichts christlicher Judenfeindschaft tragen wir besondere Verantwortung. Wir treten Antisemitismus entschieden entgegen. Jüdische Menschen müssen in Israel und weltweit ohne Angst und Bedrohung leben können. Unsere Verbundenheit mit dem jüdischen Volk und unser Eintreten für die Würde und Rechte palästinensischer Menschen gehören für uns zusammen.

Wir verurteilen den Terror der Hamas und anderer terroristischer Gruppen, die Morde, sexualisierte Gewalt und Verschleppungen vom 7. Oktober 2023. Keine politischen Ziele rechtfertigen Terror und gezielte Gewalt gegen Zivilpersonen. Das Recht Israels auf Selbstverteidigung findet seine Grenzen im Völkerrecht.

Tod, Verletzungen, Zerstörung und die unzureichende Versorgung in Gaza entsetzen uns. Menschen verlieren ihre Angehörigen, Häuser, Lebensgrundlagen und Zukunftshoffnung. Im Westjordanland und in Ostjerusalem verschärfen Siedlergewalt, völkerrechtswidriger Siedlungsbau und Bewegungsbeschränkungen die Not. Auch palästinensische christliche Gemeinden sind betroffen; ihr Leid muss gesehen, ihre Stimme gehört werden.

Das Existenzrecht Israels und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes sind unverzichtbare Grundlagen eines gerechten Friedens. Dauerhafte Sicherheit kann nicht auf Unterdrückung, Vertreibung oder Entrechtung gegründet werden. Wir fordern:

* Schutz und Versorgung: Alle Konfliktparteien müssen Zivilpersonen schützen, Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht achten. Die Hamas und andere terroristische Gruppen müssen ihre terroristische Gewalt beenden. Die israelische Regierung muss den Schutz der Zivilbevölkerung und ungehinderten humanitären Zugang nach Gaza gewährleisten.
* Siedlergewalt und Siedlungsbau beenden: Die israelische Regierung muss die palästinensische Bevölkerung schützen, Siedlergewalt strafrechtlich verfolgen und den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau beenden.
* Politische Verantwortung und Rechenschaft: Bundesregierung und Europäisches Parlament müssen diese Ziele einfordern. Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen aller Seiten müssen unabhängig aufgeklärt, Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden. Die internationale Gerichtsbarkeit muss gestärkt, ihre rechtlich verbindlichen Entscheidungen müssen geachtet werden.

Wir stehen solidarisch an der Seite der Opfer aller Gewalt. Mit ökumenischen Partnern und Gemeinden vor Ort wollen wir einen Raum offenhalten, in dem Frieden und Versöhnung denkbar bleiben.

Wir bitten Gott um Trost für die Leidenden, um Umkehr derer, die Gewalt ausüben, und um den Mut aller Verantwortlichen, Wege zum Frieden zu suchen.